BERLIN BUNDESTAG / PHILIPP GUT

Wachstumsbremse Deutschland

Das Statistische Bundesamt meldet eine «Verschlechterung des wirtschaftlichen Gesamtbildes». Die Merz-Regierung bringt das Kunststück fertig, noch schwächer abzuschneiden als die Ampel.

Auf der Startseite des Statistischen Bundesamts stechen einem die Zahlen ins Auge: Wirtschaftswachstum minus 0,3 Prozent, Inflation plus 2,0 Prozent. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung bezieht sich auf das zweite Quartal 2025. Mit dieser Schrumpfung werden die negativen Erwartungen der Bundesstatistiker noch übertroffen: Noch im Juli gingen sie von einem Minus von 0,1 Prozent aus.

Zur Begründung heisst es, vor allem die Industrieproduktion habe sich «schlechter als zunächst angenommen» entwickelt. Dies gelte insbesondere für das verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft. Auch der private Konsum habe «nach unten revidiert» werden müssen. Alles in allem zeige sich eine «Verschlechterung des wirtschaftlichen Gesamtbildes».

Deutlich zurück gingen im zweiten Quartal auch die Investitionen in Deutschland – und zwar um 1,4 Prozent. Die Investitionen in Ausrüstungen wie Maschinen, Geräte oder Fahrzeuge sanken dabei um 1,9 Prozent, die Bauinvestitionen gar um 2,1 Prozent.

«Neues Wohlstandsversprechen»: Finanzminister Klingbeil.

Der Staat wird fetter und fetter

Auch die Exportnation Deutschland schwächelt: Der Aussenhandel ging ebenfalls zurück (minus 0,1 Prozent). Besonders betroffen war die Warenausfuhr, während mehr Dienstleistungen exportiert wurden. Dazu schreibt das Statistikamt: «Die negative Entwicklung der Warenexporte war unter anderem auf geringere Ausfuhren von Maschinen, chemischen Erzeugnissen sowie Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen zurückzuführen.» Auch die deutsche Automobilindustrie hat ihr Tief also noch nicht überwunden, deutsche Marken – einst für viele in der Welt das einzig Wahre – haben es im Ausland nach wie vor schwer.

Was dagegen weiterhin steigt, sind die Ausgaben des Staates. Die bundeseigenen Statistiker verbrämen dies positiv als wachsende «Konsumausgaben» der öffentlichen Hand, etwa in den Bereichen Gesundheit, Kranken- und Pflegeversicherung. Tatsache bleibt: Während die Wirtschaftsleistung zurückgeht, wird der Staat fetter und fetter.

Die aktuelle Baisse der deutschen Wirtschaft steht in grellem Kontrast zu den Versprechen, die Kanzler Friedrich Merz und seine Partei vor und nach den Wahlen abgegeben haben. «Wir machen unsere Wirtschaft wieder stark und konkurrenzfähig», verkündet die CDU in ihrem Wahlprogramm 2025. Ohne eine starke Wirtschaft sei «alles nichts». Demnach ist in Deutschland derzeit nicht allzu viel. Weiter verspricht die führende Regierungspartei tiefere Steuern, weniger Bürokratie, auch weniger EU-Bürokratie, mehr Arbeitsplätze, «mehr Lust auf Unternehmertum» sowie «neue Handelsmöglichkeiten auf neuen Märkten».

Das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahlen machte den Bürgern ein «neues Wohlstandsversprechen», die Wirtschaft werde einen «Aufbruch» erleben, es würden mit «neuer Freiheit» Kräfte freigesetzt. Die Energie werde «bezahlbar», das Klima werde «marktwirtschaftlich» geschützt. Und ja, daran erinnern Sie sich sicher auch noch: Die Steuern würden gesenkt, die Schuldenbremse bleibe angezogen.

Noch Ende Februar erwartete der Norddeutsche Rundfunk eine «wirtschaftsliberale Wende» unter einem Kanzler Merz (für den Gebührensender eine Schreckensvision), und der Kabinettschef selbst kündigte in seiner Regierungserklärung im Mai vollmundig mittelfristig «mindestens 2 Prozent» Wirtschaftswachstum an.

Die anderen machen's besser

Nichts von dem ist eingetroffen, keines dieser Versprechen hat die Bundesregierung gehalten. Dabei kann sie das schlechte Abschneiden der deutschen Wirtschaft auch nicht mit weltpolitischen Gewittern und höheren Umständen schönreden. Wie das Statistische Bundesamt ebenfalls mitteilt, sieht die Lage international ganz anders aus: «In den anderen grossen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in der EU insgesamt entwickelte sich die Wirtschaft im 2. Quartal 2025 besser als in Deutschland.» Statt rück- geht es dort vorwärts: Spanien plus 0,7, Frankreich plus 0,3, EU insgesamt plus 0,2 Prozent. Ein Blick über den Atlantik vervollständigt das Bild: In Donald Trumps Vereinigten Staaten wuchs das Bruttoinlandprodukt im Vergleich zum ersten Quartal gar um 0,7 Prozent.

Dies sind eindrückliche Belege dafür, dass die Krise der deutschen Wirtschaft hausgemacht ist. Friedrich Merz muss sich schleunigst etwas einfallen lassen, damit der einstige Wirtschaftsmotor Europas wieder auf Touren kommt. Sonst riskiert er, als der Kanzler in die Geschichte einzugehen, der das Kunststück fertigbrachte, noch miserabler zu wirtschaften als die rot-grün dominierte Ampelregierung.

Bild: Soeren Stache/DPA/Keystone